

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat, Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postcheckkonto: Nr. 23885, Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H., Breslau. Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Freitag, 29. April 1921

Anzeigenpreise: Die 3gepaltene Millimeterzelle oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgeluche, Familiennachrichten, Verleide- und Verleumdungs-Anzeigen 4,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzelle, 3gepaltene oder deren Raum im Text 4,- Mk.

Eine Aktion für die Arbeitslosen?

Die beiden Reichstagsfraktionen der USPD. und SPD. haben gemeinsam folgenden Antrag an den Reichstag gerichtet:

A.

„Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, die Behebung der Erwerbslosigkeit und die Fürsorge für die Erwerbslosen nach folgenden Grundsätzen vorzunehmen:

1. Sofortige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten im weitestem Umfange. In erster Linie sind die für die öffentlichen Verkehrsbetriebe erforderlichen Erneuerungsarbeiten ohne jeden Verzug in Auftrag zu geben. Die Mittel für weitere öffentliche Arbeiten sind schleunigst bereitzustellen.

2. Bei der Vergebung dieser Aufträge sind die von der größten Arbeitslosigkeit betroffenen Bezirke in erster Linie zu berücksichtigen. Den Unternehmern ist die Verpflichtung aufzuerlegen, entsprechend der Größe des jeweiligen Auftrages Arbeitslose einzustellen. Zu diesem Zweck ist, soweit dies technisch durchführbar ist, eine verkürzte Arbeitszeit einzuführen oder diese beizubehalten, soweit sie bereits besteht. Wo durch Schichtwechsel mit verkürzter Arbeitszeit die doppelte Arbeiterzahl beschäftigt werden kann, ist eine solche Bedingung bei Uebertragung öffentlicher Aufträge vorzuschreiben.

3. Soweit die vorhandenen Betriebe einzelner Industriezweige nicht ausreichen, bestimmte Arten der verfügbaren Aufträge allein auszuführen, ist zum Zweck der Unterbringung der Arbeitslosen ein entsprechender Teil dieser Aufträge an geeignete andere Betriebe zu vergeben. Nötigenfalls ist die Umstellung von Betrieben zur Herstellung dieser Arbeiten sofort zu veranlassen.

4. Alle Arbeitsaufträge der öffentlichen Verwaltungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden sind als Notstandsarbeiten zu erklären, bei denen der Unternehmergewinn auf ein den Verhältnissen angemessenes Höchstmaß zu begrenzen ist. Den Arbeitern sind, um Arbeitsfreiräume zu vermeiden, die Tarifföhne sicherzustellen.

5. Zur Mitbestimmung bei der Regelung der Auftragsvergebung, soweit es sich um die in Ziffer 2—4 vorgesehene Verpflichtungen handelt, sind Vertreter der Gewerkschaften zuzuziehen.

6. Wo es auf keinem anderen Wege möglich ist, den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen, ist zu verlangen, daß allgemein, also auch für private Aufträge, die Arbeitszeit der noch voll Beschäftigten verkürzt und nach Möglichkeit Schichtwechsel eingeführt wird. Die seither Vollbeschäftigten werden zu diesem Opfer an die gänzlich Arbeitslosen bereit sein, wenn die in Ziffer 7 folgende Forderung erfüllt wird.

7. Allen Kurzarbeitern ist der bei der verkürzten Arbeitszeit entfallende Lohnausfall zu zwei Dritteln von den Arbeitgebern zu ersetzen. Das Reich und die Länder übernehmen die Hälfte der den Arbeitgebern erwachsenen Kosten auf die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Diese Maßnahme kann aber nur eine vorübergehende und nicht von langer Dauer sein, sondern es muß mit Hinsicht auf die Existenzmöglichkeit der Kurzarbeiter in der jetzigen teuren Zeit alles aufgewendet werden, um die Kurzarbeit baldighin wieder in Vollarbeit umzuwandeln.

8. Die Behebung des Baugewerbes durch Bereitstellung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau ist mit größter Eile als bisher zu betreiben. Als Ziel aller Maßnahmen auf diesem Gebiete hat in erster Linie und noch vor der Bekämpfung der Wohnungsnot die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu gelten.

9. Für diejenigen Arbeitslosen, denen auch durch die Erfüllung vorstehender Forderungen keine Arbeit verschafft werden kann, ist eine weitgehende, den Teuerungsverhältnissen angemessene Erhöhung der laufenden Unterstützung zu beschließen, damit diese Arbeitslosen mit ihren Familien vor dem Verhungern geschützt werden.

Die Unterstützung soll in Ortsklasse A betragen:

für männliche Personen:

Über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben 15 Mk.

Über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben 13 Mk.

über 16—21 Jahre 11 Mk.
unter 16 Jahren 6 Mk.

für weibliche Personen:

über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben 13 Mk.

über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben 11 Mk.

über 16—21 Jahre 9 Mk.

unter 16 Jahren 5 Mk.

Die Familienzuschläge für den Ehegatten betragen 5 Mk. für die Kinder bis zu 16 Jahren 4 Mk., für sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 3 Mk. täglich.

In den Ortsklassen B bis E ist eine entsprechende Aufbesserung der Sätze unter Aufrechterhaltung der jetzt geltenden Spannung, die in den einzelnen Sätzen 0,50 Mk. bis 2,50 Mk. beträgt. Zu dem gleichen Zweck ist die Schulpeflegung der Kinder unbedingter Eltern einzuführen und auszubauen.

B.

Der Reichstag wolle beschließen: Bis zur Neuregelung der Erwerbslosenunterstützung bleiben die für die Wintermonate gewährten Unterstützungssätze bestehen.

Die Anträge sind zweifellos eine Folge des Schoß, welches der „Offene Brief“ der USPD. in den Massen gefunden hat. Sie bedeuten eine Fortführung der Initiative, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Fabrikanten bereits vor einigen Wochen in der Arbeitslosenfrage ergriffen haben. Ohne auf Einzelheiten heute einzugehen, bleibt die Stellung der USPD. zu den sozialdemokratischen Anträgen dieselbe, wie zu den Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Zunächst: Die kommunistische Partei wird jeden Kampf der Arbeiterklasse zur Sicherstellung ihrer Existenz mit allen Kräften unterstützen und fördern. Die vorliegenden Anträge enthalten indessen Forderungen, die von der bürgerlichen Regierung als die Beauftragte der Unternehmer, niemals erfüllt werden können. Es ist daher vollkommen verfehlt, und bedeutet eine völlige Verleugnung der Situation, wenn die „Freiheit“ den Staat und das schwerverdienende Unternehmertum an ihre sittliche Pflicht erinnert. Das Unternehmertum kennt nur eine „sittliche Pflicht“ und das ist der Profit. Und kaum, daß die Forderungen bekanntwerden, muß die „Freiheit“ auch schon melden, daß das Reichsarbeitsministerium, als die zuständige Stelle, bisher nur dem letzten Absatz zugestimmt habe, für den Hauptinhalt der Forderungen schweigt das Reichsarbeitsministerium. Und dieses Schweigen ist bezeichnend.

Soll die eingeleitete Aktion für die Arbeitslosen Erfolg haben, so genügt es nicht, die Forderungen an die Reichsregierung durch das Parlament zu stellen. Die gesamte Arbeiterschaft muß geschlossen hinter diesen Forderungen stehen und gewillt sein, um diese Forderungen den Kampf mit allen Mitteln aufzunehmen. Von der Kraft und der Stärke der Arbeiterklasse wird es abhängen, inwieweit die Aktion zum Erfolg führen wird. Die Aktion selbst wird das ausmerzen und verbessern, was nach unserer Meinung verbesserungsbedürftig ist. — Wir werden noch auf die Forderungen im besonderen zurückkommen. Für heute sei nur folgendes gesagt: Wir werden mit der Arbeitermasse kämpfen und alles tun, um die Aktion zum Erfolg zu führen. Soviel ist aber sicher, die Aktion hat nur dann einen Sinn, wenn sie durch einen Appell an die Arbeitermassen zum Kampfe ergänzt wird. Der Kampf kann aber nur geführt werden um folgende Lösungen:

1. Keine Betriebsbeschränkungen und Betriebsstilllegungen ohne Zustimmung der Betriebsräte und der Gewerkschaften.

2. Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn und Einstellung von Arbeitslosen, so weit wie möglich unter Kontrolle der Betriebsräte und Gewerkschaften.

3. Kein Lohnabbau, sondern Regulierung der Löhne und der Arbeitslosenunterstützung unter dem Gesichtspunkte der Sicherung des Existenzminimums.

4. Planmäßige Einstellung der Produktion auf die Belieferung Sowjetrusslands.

Die Not der Arbeitslosen.

II.

Wie steht es aber nun damit, daß die 10 Punkte „ber der Reichsregierung nach Möglichkeit Berücksichtigung finden werden“. Das „Korrespondenzblatt“ Nr. 18 befaßt sich eingehend mit der Antwort des Reichskanzlers auf die Eingabe des Arbeitslosigkeitsprogramms des ADGB. In gewundenen, nichtsagenden Erklärungen versucht die Reichsregierung nachzuweisen, daß sie ungeheuer viel getan hat und aus diesen und jenen Gründen nicht mehr tun konnte. „Im Jahre 1920 seien bereits eine Milliarde Mark für Erwerbslosenfürsorge, hieron 400 Millionen in Form produktiver Erwerbslosenfürsorge, ausgegeben. Die Summe erhöhe sich um den Anteil der Länder und Gemeinden auf das Doppelte.“ Weiter heißt es: „Die Reichsregierung sehe es auch als ihre selbstverständliche Pflicht an, den Unternehmergewinn, der durch öffentliche Aufträge entsteht, auf ein Mindestmaß zu begrenzen, das den Verhältnissen und der finanziellen Lage des Reiches angemessen sei.“ Wie sie das Kunststück fertig bringen will, sagt sie nicht. Dazu hat sie auch garnicht die Macht. Das ist nur eine Beschönigung des ADGB. und der Arbeiter. Sie verweist dann auf „paritätische Ausschüsse der Zentralarbeitsgemeinschaften“, die die Möglichkeiten der Arbeitsstreckung, der Verhinderung von Betriebsstilllegungen und die Vergebung wirtschaftlicher Aufträge durchprüfen sollen. Die Behebung des Baugewerbes wird eingehend behandelt. Bis 1920 seien insgesamt 4 1/2 Milliarden für Wohnungsbau aufgewendet worden. Für 1921 sind insgesamt 3,7 Milliarden Mark angesetzt. Dann wird rühmlich die Zahl der Arbeitslosen dauernd, die noch geringer sei als in anderen Ländern. Ein schöner Trost für die Arbeitslosen. Von einer Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung könne nicht die Rede sein, da die finanzielle Lage es nicht zulasse. Milliarden für Reichswehr zum Niederschlagen der hungernden Arbeiter sind vorhanden trotz schlechter Finanzen. Am Schluß verweist das Schreiben — wohl zur Verhöhnung der Arbeitslosen — „auf den Weg der Wohlfahrtspflege öffentlicher oder gemeinnütziger Verbände“. Schließlich versichert der Reichskanzler, „daß die Erhebung der Besitzsteuern im vollen Gange sei.“

Was sagt dazu der ADGB? Nicht viel. Er bedauert die ungenügenden Maßnahmen, gibt zu, daß dadurch den Arbeitslosen nicht geholfen werden kann, macht bessere Vorschläge, wirft der Regierung vor, daß sie den furchtbaren Ernst der Lage nicht völlig begriffen habe und glaube, mit Beteuerungen, Betsprechungen und allerlei Bedenken, begründigen Untersuchungen usw. an der ganzen Frage vorbeizukommen. Und da der ADGB. damit nicht zufrieden ist, droht er der Reichsregierung und wirft ihr den Fehdehandschuh vor die Füße:

Wenn die einzelnen Reichsverwaltungen außer Randes sind, ihre Aufträge so zu vergeben, daß sie in erster Linie der Beschäftigung von Arbeitslosen zugute kommen, dann bleibt nur der Weg der gesetzlichen Regelung mit Hilfe des Einstellungs- und Betriebsregelungszwanges übrig, und wir werden diesen Weg mit aller Rücksichtslosigkeit beschreiten, sobald wir erkennen, daß Unternehmertum und Regierung sich der Rücksicht auf die Arbeitslosen entledigen.“

So bewegen sich die Gewerkschaftsinstanzen dauernd im Kreise der Verhandlungen mit Regierungen und Behörden, des Appellierens an die Parlamente und hoffen, auf dem Wege der Gesetzgebung und Demokratie etwas für die Arbeitslosen zu erreichen. Obwohl sie ganz genau wissen, daß die ausführenden Organe der Kapitalistenklasse gar nicht den Arbeitslosen helfen wollen. Sie scheuen den Kampf.

In derselben Richtung bewegt sich die „Freiheit“, die in den letzten Tagen durch eine Reihe von Artikeln die Arbeitslosenfrage behandelte. In einem Artikel „Hilfe dem Arbeitslosen“ macht sie sich den Vorschlag, den ihr angeblich ein Industrieller unterbreitet hat, zu eigen. Demnach sollen die Unternehmer eine Abgabe in der Höhe von 6 Prozent der Lohnsumme, die sie ihrer Arbeiterschaft ausbezahlen, an das Reich abführen. Davon sollen die Arbeitslosen eine Unterstützung erhalten, die 60 Prozent des Durchschnittsverdienstes betragen soll. Man könnte aber so neue Vorschläge machen, wenn die Sache nicht zu ernst wäre. Das Unternehmertum, das drauf und dran ist, die bestehenden Hungerlöhne noch zu kürzen, wird auf derartige Vorschläge pfeifen, so lange keine Macht dahinter steht, die imstande ist,

Der 1. Mai muß ein Kampftag sein!

das Besondere und Vorgelegene durchzuführen. Diese Macht wird nicht der kapitalistische Staat, sondern die einige, kampfschlossene Arbeiterschaft sein.

Es bleibt dem Proletariat, will es die Arbeitslosenfrage lösen, nicht anderes übrig, als zu kämpfen. Und es ist höchste Zeit, daß dies auch die reformistisch orientierten Arbeiter einsehen. Neben der Produktionslabotage der deutschen Kapitalisten machen sich die Folgen der Sanktionen geltend. Die Zahl der Arbeitslosen wird in den nächsten Wochen ins Ungeheure wachsen. Hier helfen keine Palliativmitteln mehr. Da muß die Arbeiterschaft um ihre Existenz kämpfen auf Tod und Leben. Und wenn der ADGB noch vor einigen Tagen höhnisch erklärte, daß er nicht daran denke, zur Durchführung seiner zehn Forderungen in den Generalstreik zu treten, so werden, wenn nicht alle Anzeichen trügen, die Millionen von Gewerkschaftsmitgliedern sehr bald gezwungen sein, die Auffassung ihrer „Führer“ zu korrigieren.

Unsere Genossen haben Gelegenheit, in den Betrieben, in Gewerkschaftsversammlungen, unermüdet die Führer der Gewerkschaften aufmerksam zu machen auf das Arbeitslosigkeitsprogramm des ADGB und auf die Antwort der Reichsregierung, die nicht Abhilfe schafft, nichts tut zur Beseitigung der Not der Arbeitslosen. Es gilt die reformistische Illusion in den Köpfen der Arbeiter zu zerstören, ihnen die Tatsachen einzujammern, daß nur Kampf, rücksichtsloser Kampf des gesamten Proletariats die Arbeitslosen und die Arbeitenden retten kann vor dem Zugrundegehen. Diesen Kampf können die Arbeitslosen nicht allein führen, sie müssen unterstützt werden von den Beschäftigten in den Betrieben und gemeinsam eine revolutionäre Kampffront bilden gegen die kapitalistische Herrschaftsform, die die Ursache ist der immer mehr zunehmenden Verelendung und Verklavung. Es liegt an den Arbeitern, über die Köpfe reformistischer Führer hinweg, die Gewerkschaften vorwärts zu treiben zur revolutionären Massenaaktion.

Wenn wir Kommunisten heute, unmittelbar nach dem Rückschlag in den Märzämpfen, zu neuen Aktionen rufen, so gewiß nicht aus Freude am Bürgerkrieg, sondern unter dem Zwang der Erkenntnis, daß die Arbeiterschaft bei Strafe ihres Untergangs nicht ausruhen kann.

Die Arbeitslosenfrage wird von Tag zu Tag brennender, sie ist zur Kardinalfrage der Arbeiterschaft überhaupt geworden. In unzähligen Versammlungen und Demonstrationen haben die Arbeitslosen ihre Not und ihr Elend aufgedeckt. Schnelle Hilfe ist notwendig. Wir fordern daher alle Arbeiter auf, mit uns gemeinsam den Kampf aufzunehmen. Und der kann nur erfolgreich sein, wenn er grundsätzlich gegen die Kapitalistenklasse gerichtet ist. Ganz gleichgültig ist zunächst, welche von den vielen aufgestellten Forderungen als Kampfsziel dient. Hauptsache ist, daß etwas getan wird, und zwar sofort!

Politische Uebersicht.

Die Orgechleute wittern Morgenluft.

Vorbereitungen zu einem neuen Kapp-Putsch.

Daß die neugebildete preussische reinbürgerliche Regierung alle reaktionäre Herzen wieder höher schlagen lassen, war zu erwarten.

Sanz besonders in Bayern entwickeln die Orgechleute eine fieberhafte Tätigkeit. Am 23. April haben sich die Führer der Organisation Eicherich in Regensburg versammelt, um über eine Verbreitung der Orgech über ganz Deutschland zu beraten.

Wohin diese Vorbereitungen zielen, geht aus folgendem Geständnis eines Deutschnationalen hervor, das die sozialistische Korrespondenz verbreitet.

Danach wird der „Deutschen Tageszeitung“ gemeldet, daß der Parteisekretär der Deutschnationalen Volkspartei in Bismarck verhaftet worden sei. Diese Verhaftung gibt der „Deutschen Tageszeitung“ Anlaß zu einem riefigen Entrüstungsschrei gegen das „Ehem Hörsing“. Wie aus Bismarck geschrieben wird, hat dieser Parteisekretär der Deutschnationalen Volkspartei Vorkämpfer mit Namen mit gefährlichsten Papieren als Vorkämpfer, der er niemals war, Führung mit den Mannschaften und Offizieren der Schutzpolizei zu nehmen gesucht, um ihre Bereitwilligkeit für einen Rechtsputsch festzustellen. Festgenommen, hat er bei seiner Vernehmung angegeben, daß er im Auftrag der Deutschnationalen Volkspartei gehandelt hätte. Weiterhin hat er erklärt, in Bismarck bestehe ein Freikorps zum Schutz der Interessen des Bürgertums, das über Maschinengewehre und Minenwerfer verfüge. Sprengstoffe, Waffen und Munition seien im Turm der Kaserne vermauert.

Mit dem größten Gebrüll wird gegen Kommunisten gehetzt, woran natürlich die SPD- und USF-Parteimitglieder mit teilnehmen. Und ganz in diese Arbeiterfeindliche Tätigkeit vertieft, übersehen sie die Rüstungen des gemeinsamen Feindes der Arbeiterklasse.

Kommunistische Abgeordnete sind vogelfrei.

Nachdem die Sozialdemokraten in Hamburg, die dort noch in der Regierung sitzen und auch in der Bürgerwehr über eine feste Fraktion verfügen, sich für die Ausschließung der Kommunisten von vier kommunistischen Abgeordneten eingekauft haben, geht die gelehrige Bourgeoisie sofort dazu über, das Beispiel des verurteilten Bruders nachzuahmen.

Nachdem sich kürzlich der preussische Landtag mit der Ausschließung der Kommunisten des Genossen Schöler besetzt hat, hat auch jetzt der Reichstag über die Ausschließung der Kommunisten des Genossen Wendelin Thomas verhandelt. Genosse Thomas war vom bayrischen Volksgericht wegen angeblichen Hochverrats zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Die Geschäftsordnungscommission des Reichstags hat am 26. April über den Antrag auf Haftentlassung des Genossen Thomas verhandelt und eine Entscheidung gefällt,

Die Folgen der „Verständigung“.

Vermehrte Ausbeutung und Knechtschaft — größere Arbeitslosigkeit, Not und Elend.

Der erste Mai rückt immer näher. Die Bankrotteure der deutschen Politik wissen nicht mehr ein noch aus. In ihrer Verzweiflung haben sie sich an Americas Präsidenten gewandt und haben ihn um Vermittlung gebeten. Dieser Verzweiflungsschritt ist, wie Reichsminister Dr. Simons in der gestrigen Reichstagsführung mitteilte, von allen Mitgliedern des Reichskabinetts gebilligt worden.

Damit hat die deutsche Regierung, wie es ihre Pflicht als Partei der deutschen Bourgeoisie ist, im Interesse des deutschen Kapitalis gehandelt, denn, wenn auf der Basis der Note an Harding eine Verständigung mit der Entente erzielt würde, hätte die deutsche Bourgeoisie viel gewonnen. Vor allem Zeit. Und die Leibtragenden wären in erster Linie die deutschen Arbeiter.

Der Entente sind 200 Milliarden Goldmark geboten worden. Diese sollen durch Anleihen aufgebracht und in 30 Jahren gezahlt werden, jährlich also ca. 6 Milliarden in Gold.

Ob Deutschland in der Lage ist, diese gewaltigen Anleihen aufzubringen, ist unwahrscheinlich und die das Angebot gemacht, glauben wohl selbst nicht an seine Durchführung. Aber, so kalkulieren sie, wenn die Entente das Angebot angenommen, hat sie ein Interesse daran, daß die Anleihen aufgebracht und Deutschland in den Stand gesetzt wird, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Dazu ist, so kalkulieren sie weiter, notwendig, daß die deutsche Industrie produziert. Soll aber die deutsche Industrie produzieren, müssen die Rohstoffe von der Entente geliefert werden. Weiter glaubt die deutsche Bourgeoisie, daß im Falle einer Verständigung mit der Entente der deutschen Regierung genügend Militär belassen werde, um die deutschen Arbeiter niederzuhalten.

Wenn dann auch ungeheure Summen an die Kapitalisten der Entente gezahlt werden müssen, so hoffen die deutschen Kapitalisten diese Gelder und noch mehr aus den Knochen der deutschen Arbeiter herauszuschinden zu können.

So sieht die Rechnung für die deutsche Bourgeoisie.

Und wie steht sie für die deutschen Arbeiter? Eine einfache Berechnung ergibt dies: Das Jahreseinkommen eines deutschen Arbeiters beträgt zirka 12 000 Papiermark = 1200 Goldmark. Die deutsche Arbeiterklasse, auf 15 Millionen Köpfe gerechnet, drückt also das von ihr jährlich geleistete Arbeitspensum in 18 Milliarden Goldmark aus. Da nach dem deutschen Vorschlag die Höhe einer Annuität ungefähr 6 Milliarden Goldmark betragen müßte, müßten die Leistungen an die Entente durch Verlängerung der Arbeitszeit für die gesamte Arbeiterschaft um ein Drittel, also auf nahezu 11 Stunden, ja in anbetracht dessen, daß der Achttundentag praktisch in wichtigen Industriezweigen schon nicht mehr existiert, auf zirka 12 Stunden aufgebracht werden. Dies unter der Voraussetzung, daß alle deutschen Arbeiter voll beschäftigt sind.

Also eine Steigerung der Ausbeutung der deutschen Arbeiter auf ein solches Maß, wie wir es nur aus der ersten Zeit des Kapitalismus kennen.

Das wäre die Zukunft der deutschen Arbeiter, wenn die Pläne der deutschen Bourgeoisie Wirklichkeit würden.

Sie aber, wenn diese Pläne scheitern? Und daß sie scheitern, ist fast als sicher anzunehmen, denn die Bourgeoisie der alliierten Staaten, insbesondere diejenige Frankreichs, hat kein Interesse an der Wiederaufrichtung des deutschen Kapitalismus. In diesem, also wahrscheinlichen Fall, wenn die deutschen Vorschläge abgelehnt werden, wird die Faust des Ententemilitarismus und Imperialismus die deutsche Wirtschaft und die deutsche Arbeiterschaft mit aller Schwere treffen. Das Ruhrgebiet, das Herz der deutschen Industrie, wird von Ententetruppen besetzt werden. Durch Kohlensteuern, Zölle, Ausfuhrabgaben usw. wird man dann, nach englischen Preisen, 150 Millionen englische Pfund, also ungefähr 3 Milliarden Goldmark jährlich allein aus dem Ruhrgebiet herauszuschinden. Das übrige Deutschland soll durch Entziehung der Kohle und des Eisens, durch Besetzung Oberschlesiens, durch Abschneidung vom Weltmarkt durch die 50% Ausfuhrabgabe wirtschaftlich erdrückt werden. Dies würde natürlich eine ungeheure Wirtschaftskrise, grenzenlose Arbeitslosigkeit und Not in Deutschland zur Folge haben.

Die von der größten Tragweite auch für die anderen Fälle ist, und die da jetzt, daß die parlamentarische Immunität gegenüber kommunistischen Abgeordneten einseitig nicht gilt. Der Ausschuss beschloß mit 14 gegen 8 Stimmen, den Antrag auf Haftentlassung abzulehnen, obwohl einwandfrei festgestellt wurde, daß Genosse Thomas, der wegen einer Rede am 24. März in München verhaftet wurde, in einem rein politischen Prozeß verurteilt wurde. Sogar der Vertreter der USF führte aus, es sei absolut unzulässig zu behaupten, daß Thomas für Raub- oder Mordverbrechen habe werden wollen. Denn wenn selbst Raub- und Mordverbrechen in Mitteldeutschland vorgekommen seien, habe es doch offenbar weder in der Absicht der kommunistischen Partei gelegen, Raub- oder Mordverbrechen zu bilden, oder auf Raub und Mord hinzuwirken, noch könne einem einzelnen Redner, der die mitteldeutsche Bewegung unterstützen wollte, eine solche Absicht unterzogen werden. Das Urteil sei daher ein politisches Landgerichtschizännerer Art und das Parlament müsse einen Mitglieder, das wegen eines solchen Vergehens verurteilt sei, die Möglichkeit geben, an den Parlamentsversammlungen teilzunehmen.

Die bürgerlichen Vertreter gaben sich nicht viel Mühe, ihre Absicht auf alle Fälle den kommunistischen Abgeordneten die Immunität zu nehmen, zu verhehlen. Der Zentrumsgewerkschaftsleiter legte sich folgende Frage zur Begründung für die Ablehnung der Haftentlassung: Dem Abgeordneten Thomas sei bekannt gewesen, daß in Mitteldeutschland Raub-

Die deutschen Arbeiter haben also unter der Herrschaft der Kapitalisten zwei Zukunftsmöglichkeiten. Erstens, wenn die Verständigung zwischen dem deutschen und Ententekapitalisten zustande kommt: für die deutschen Arbeiter vermehrte Ausbeutung und Knechtschaft. Zweitens, wenn die Pläne der deutschen Bourgeoisie scheitern und die ganze Schwere des Ententeimperialismus die deutschen Arbeiter trifft: verschärfte Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, ungeheure Not und Elend.

Die deutschen Arbeiter können sich mit keiner dieser beiden Aussichten zufrieden geben. Sie müssen und sie werden sich aufrufen, und sie werden die deutschen und die internationalen Ausbeuter zum Teufel jagen.

Die deutsche Presse zu dem neuen Angebot der Regierung.

Wenn man die Presse der Rechtsparteien prüft, ergibt sich sofort, daß die Sinnesleute über die neuen Vorschläge der deutschen Regierung angenehm enttäuscht sind. Sie hätten dem Simons eine derartige Dickfälligkeit gegen die Entente kaum zutraut. Gegenüber dem ersten Telegramm der Regierung an Harding hatte die „nationale“ Presse die Sturmtrompete geblasen. Jetzt vernimmt man von rechts vorwiegend ein sanftes Zischen. So schreibt die „Tägliche Rundschau“, die noch vor wenigen Tagen den Kopf des Dr. Simons verlangte, diesmal folgendes: „Die große Verteidigungsrede, die Dr. Simons heute im Reichstag zur Rechtfertigung seines Schiedsrichterangebotes an Harding und zur Begründung der neuesten deutschen Vorschläge machte, erzielte keine großen Wirkungen im Hause, obwohl der Minister des Auswärtigen gut sprach und manche Vorwürfe durch den überzeugenden Ausdruck redlichsten Wohlens zu dämpfen wußte.“ Der „Lokal-Anzeiger“ erklärt direkt: „Daß im Augenblick eine Auswechslung des Reichsaussenministers unmöglich ist, liegt klar auf der Hand, als daß es erst bewiesen werden müßte.“ Simons, was willst du noch mehr? Auch die „Deutsche Zeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ äußern sich ziemlich lauthoarsam und nur die „Post“ bleibt unerbittlich: „Simons kann Gott danken, daß er einen so rührend gutherzigen Chef hat. Fehrendbach weiß selbst am besten, wie schwer es ist, staatsmännische Intelligenz aufzubringen und so versteht und verzeiht er alles. Unter Clemenceau wäre ein Simons wegen staatsgefährlicher Dummheit an die Wand gestellt worden. In Berlin ist er davor sicher.“ Auch die sogenannte demokratische „Vossische Zeitung“ erteilt dem Minister ein Lob: „Auf der anderen Seite hat der Minister erfreulicherweise die Frage der Leistungsmöglichkeit im positiven Sinne erörtert. Es war — soweit wir uns erinnern — das erste Mal, daß im deutschen Reichstag nicht bloß von der Höhe des deutschen Angebors und nicht bloß generell von Leistungsmöglichkeit oder Unmöglichkeit gesprochen, sondern auch die Frage aufgeworfen wurde, welche Wege Deutschland für die Zahlungsverpflichtungen zu gehen haben wird, die Deutschland nun doch einmal übernommen hat.“

Wenn sogar die Rechtsparteien gegen Simons gnädig gestimmt sind und es billigen, wenn die deutschen Unternehmerprote nicht möglichst geschont werden sollen, so verheißt sich das von den Mittelparteien erst recht. Das Berliner Tageblatt jubelt geradezu: Die Rede des Ministers Dr. Simons hat einen ausgerechneten Eindruck gemacht. Herr Dr. Simons hat durch diese Rede seine Autorität befestigt. Die „Germania“ hat einen kleinen privaten Krach mit Simons, weil er ihr ziemlich grob die Indiskretionen in der Angelegenheit der päpstlichen Vermittlung vorgeworfen hatte. Aber abgesehen davon sieht die Zentrumspresse selbstverständlich hinter der Regierung.

Und nun zu unseren lieben Menschenweil! Der „Vorwärts“ erklärt staatsmännisch und vornehm: „Die Regierung Fehrenbach-Simons hat einen steinigen Weg beschritten und sie ist noch nicht an seinem Ende angelangt. Sie hat Vorschläge unterbreitet und sie wird diese Vorschläge weiter ändern müssen, wenn sie mit ihnen erreichen soll, was sie mit ihnen erreichen will.“ Erneut erklärt sich also die SPD, daß man dem Entente-Kapital größere Zugeständnisse machen muß. Die Vorschläge müssen „geändert“ werden, damit man ans Ziel kommt, und wenn Simons nicht genügend „ändert“ — das ist der Hintergedanke —, dann wird eben Herr Philipp Scheidemann als Minister „ändern“. Noch deutlicher ist wiederum die „Freiheit“: „Die Befürchtung, daß das deutsche Angebot die Gefühle und die unverstündige Borniertheit der sogenannten nationalen Parteien verletzen könne, ließ Dr. Simons vergessen, daß es jetzt nicht auf die Wertung dieser Kreise, sondern vor allem auf die Meinung des Auslandes ankommt und wir haben den Eindruck, daß die Note an sich besser ist, als der Kommentar und daß sie ohne diese Rede wirksamer gewesen wäre. Jetzt ist das Entscheidende nur, darauf zu achten, daß der Faden nicht wieder abreißt.“ Wir sehen also Hülfering wieder in der rühmreichen Tätigkeit des Bauherrschens vor dem Ententekapital. Während Regierung und bürgerliche Parteien alles einsehen, um die Profite der deutschen Unternehmer zu retten, zeigen die Menschenweil Deutschlands das selbe Bestreben für die Profite der Ententekapitalisten. Die deutsche Arbeiterklasse muß die einen so gut wie die anderen zum Teufel jagen, wenn sie ihren wirklichen Interessen dienen will.

und Mordtaten begangen würden, und deshalb habe er die eventuelle Begehung von Mordtaten und Raubereien mit in seinen Willen aufgenommen. Es bestände also dolus eventualis, d. h. die Absicht, es eventuell zu einer solchen Untat kommen zu lassen. Alle bürgerlichen Vertreter unterstützten diesen Standpunkt, der eine widerträgliche Heuchelei ist, unter anderem auch der Vertreter der Demokraten, und so kam es zu der oben bereits mitgeteilten Entscheidung.

Damit ist klar ausgesprochen, daß der Reichstag nicht gewillt ist, seinen kommunistischen Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, an den Parlamentsversammlungen teilzunehmen. Weiterhin aber bedeutet die Entscheidung im Fall Thomas, daß demnachst auch gegen andere kommunistische Führer, denen der Staatsanwalt wegen Hochverrat an den Kragen will, unter Billigung des Parlaments vorgegangen werden wird. So erkennt das Proletariat aufs neue, was es schon seit der Ausschließung der Kommunisten des Genossen Karl Liebknecht weiß: Der sogenannte Schutz der Immunität, der unzurechenbar verbunden ist mit der Ideologie des demokratischen Staates, ist ein lächerlicher Schwindel, genau wie die gesamte Demokratie!

Verkehrsstreik am 1. Mai. Die Verkehrsangelegenheiten des Berliner haben beschlossen, den 1. Mai, wie alle anderen Arbeiter, durch Arbeitsschloß zu begehen. — Und was bleibt überlassen?

Der Dynamitanschlag auf das Elektrizitätswert Unterspree.

Das Urteil.

Wieder einmal haben gefaltete Subjekte im Dienste der Polizei Kommunisten vor die Schranken der weißen Justiz gebracht. Vor dem Roabiter Sondergericht hatten sich einige Mitglieder der K.A.P. wegen eines angeblichen Mitternachts auf das Berliner Elektrizitätswert Unterspree zu verantworten.

Der Staatsanwalt erhebt Anklage wegen Verbrechens gegen die §§ 5 und 7 des Sprengstoffgesetzes in Idealkonkurrenz mit Hochverrat. Zur Begründung dieser in der schriftlichen Anklage nicht erhaltenen neuen Beschuldigung hält der Staatsanwalt eine längere politische Rede, in der er behauptet, die Aufforderung zum Attentat sei von der Zentralstelle der kommunistischen Partei als Entlastungs-offensive für Mitteldeutschland angeordnet worden. Er müsse gegen den „inzwischen verstorbenen“ Kommunistenführer S y l t die Beschuldigung erheben, den Anschlag auf das Kraftwert Unterspree und die Hochspannungsleitung zwischen Solpa und Berlin angestiftet zu haben. S y l t habe als Anführer zu diesem schweren Verbrechen allen Grund gehabt zu entfliehen. Er sei auf der Flucht erschossen worden. — Rechtsanwalt Dr. Weinberg protestiert lebhaft dagegen, daß der Staatsanwalt hier sein Plädoyer hält, weil es unzulässig sei, nach der schriftlich erhobenen Anklage noch eine mündliche zu erheben. Auch sei es selbst nach der Verordnung über die Sondergerichte unzulässig, eine derartige nachträgliche Anklage auf Hochverrat zu erheben. Der Vorsitzende tritt natürlich auf die Seite des Staatsanwalts.

Das Urteil in dem Prozeß lautet gegen W i n g e l r i n g wegen Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz und wegen unbefugten Waffenbesitzes sowie Widerstands gegen die Staatsgewalt 10 Jahre 6 Monate Zuchthaus; gegen S c h w a l b e wegen der gleichen Verbrechen 7 Jahre Zuchthaus; gegen P i e s t o r s c h 5 Jahre 5 Monate Zuchthaus; gegen H e r z b e r g wegen Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz 1 Jahr 1 Monat Gefängnis; gegen von Felben wegen unbefugten Waffenbesitzes 1 Monat Gefängnis.

Nieder mit dem weißen Terror!

Eine kommunistische Zelle in der Sipo.

Verfahren gegen den Chef der Landespolizei in Thüringen.

Berlin, 28. April. Von einem Beauftragten des Reichsministeriums des Innern ist auf eine Anzeige hin im Einvernehmen mit der thüringischen Landesregierung ein Verfahren gegen den Chef der Landespolizei in Thüringen, Polizeimajor Müller, Brandenburg, eingeleitet worden. Die Vorwürfe gegen Müller, Brandenburg, beziehen sich, den Blättern zufolge, einestheils darauf, daß in der Landespolizei Personen, die der U.S.P. oder der kommunistischen Partei angehören, bei der Einstellung und Beförderung besonders bevorzugt worden seien. Die Anzeige enthält weiter die Beschuldigung des Hochverrats gegen Angehörige der thüringischen Landespolizei gelegentlich des letzten kommunistischen Putschs.

Man erfieht aus dieser Meldung, wie weit die Kommunisten gehen. Sogar in der Landespolizei und ihrem Chef werden Kommunisten vermutet. Ist man der Landespolizei nicht sicher? Soll gründlich gefiebt werden, um eine zuverlässige Truppe der Gegenrevolution zu haben?

Falschmünzer.

Die „Deutsche Zeitung“ veröffentlicht die Abschrift eines Schreibens des Staatskommissars für öffentliche Ordnung, Weismann, worin er dem Reichsminister des Äußeren allerhand Räubergeschichten erzählt, wie die Sowjetregierung durch Banknotenfälschung die Valuta fremder Länder zu verbessern suche. „Dies könnte man bequem dadurch erzielen, daß man fremde Valuta nachmache und in die betreffenden Länder schaffe“. In dem Schreiben heißt es dann wörtlich weiter:

„Wie vielfach hier vorliegende Beobachtungen ergeben, verfügt z. B. die hiesige Sowjetmission über größere Mengen ganz neuer deutscher Valuta, die nicht, wie bei der Reichsbank oder den hiesigen Großbanken üblich, mit aufgedrucktem Papierband gebündelt ist. Die neue Valuta, welche bei der Sowjetmission gebräuchlich ist, ist in der Regel mit weißem Papierstreifen gebündelt. Auch wird von zuverlässiger Seite weiterhin gemeldet, daß in Skandinavien und in den Randstaaten auffallend viele ganz neue englische Pfundnoten von den Volkswirten in Zahlung gegeben werden. Auch die amtlichen Sowjetkurierer verfügen in der Regel bei ihren Reisen über ganz neue ungebrauchte deutsche Valuta.“

Wenn auch aus dem vorstehend Erwähnten nicht ohne weiteres darauf zu schließen ist, daß die Sowjetregierung fremde Valuta nachmacht, so ist es doch auffallend, daß trotz des sich verminderten Goldvorrats von den Volkswirten andauernd weitere Warenbestellungen in das Ausland gegeben und auch größtenteils mit fremder Valuta bezahlt werden.

Ich werde versuchen, soweit es möglich ist, diese für das wirtschaftliche Leben sehr wichtige Angelegenheit weiterhin aufzuklären und gegebenenfalls sernerzeit darüber Mitteilung zu machen.“

Die „Deutsche Zeitung“ ist so begeistert über diesen betrunkenen Spitzelbericht, daß sie die lächerliche Verwechslung des Begriffs „Banknoten“ und „Valuta“ gar nicht bemerkt. Vielleicht reichen dazu auch ihre volkswirtschaftlichen Kenntnisse nicht aus. Es gelang aber zur antibolschewistischen Abwälzung solcher Dreckschmutzen aus dem Spitzelsumpf, in dem Herr Weismann so gerne wühlt. Wenn er persönlich den Vorwurf der Banknotenfälschung der Sowjetregierung nur verknäpft zu machen wagt, so geht die „Deutsche

Zeitung“ ungeniert weiter und spricht von einem Fälscher-gefindel, mit dem man keine Verträge schließen dürfe, und daß man mit Wigdor Kopp an der Spitze aus dem geheiligten Deutschen Reiche herauschmeißen müsse. Herr Weismann treibt politische Falschmünzerei nach einem Spielersystem, das mit gezinkten Karten arbeitet.

Sanktionswirkungen.

Die Sanktionen der Entente, die Exportabgabe und die Rhein-Zollgrenze äußern sich nicht nur in der Stilllegung zahlreicher Betriebe, in massenhafter Arbeitslosigkeit. Sie üben ihre Wirkung jetzt schon auch darin aus, daß die französische Industrie planmäßig daran geht, die Stelle der deutschen Industrie im besetzten Gebiet einzunehmen. Nach einer Mitteilung der „Industrie- und Handelszeitung“ hat der Verband nordfranzösischer Textilindustriellen beschlossen, mehrere Filialen im besetzten Gebiet zu eröffnen. Viele französische Textilunternehmen sollen bereits jetzt Anlagen dort besitzen. Auf diese will die französische Textilindustrie, von deren 9 600 000 Ende Januar nur 7 625 000 in Betrieb waren, die Folgen der Krise auf die deutsche Textilindustrie abwälzen.

Immer deutlicher zeigt es sich, daß die Sanktionen nur eine Fortsetzung des Weltkrieges mit anderen Mitteln sind, dessen verheerende Folge vor allem die deutschen Proletarier zu tragen haben.

Keine Abnahme der Erwerbslosigkeit im März.

B.T.B. berichtet:

Während in anderen Jahren der Monat März eine erhebliche Verringerung der Erwerbslosenzahl gebracht hat — im Jahre 1920 um mehr als 40 000 —, ist diesmal eine nennenswerte Abnahme leider nicht zu verzeichnen. Die Zahl der Haupt-Unterstützungsempfänger beträgt — gegenüber 428 600

Gedenkt der Märzopfer!

Sammelt unermüdet für die

„Rote Hilfe“

Gebt schnell! Gebt reichlich!

Vergeßt die Brüder nicht, die hinter Kerkernauern schmachten!

im Vormonat — 417 000, darunter 337 000 männliche und mehr als 80 000 weibliche. Entsprechend dem Umstand, daß die geringe Abnahme diesmal ausschließlich bei den männlichen Haupt-Unterstützungsempfängern eingetreten ist, hat auch eine Abnahme der Zuschlagsempfänger (Familienangehörige) stattgefunden und zwar von 495 000 auf 470 000. Soweit eine Abnahme der Unterstützungsempfänger zu verzeichnen ist, beruht sie insbesondere auf der Behebung des Dauerens durch die verschiedenen in dieser Richtung währenden gesetzlichen Maßnahmen, sowie darauf, daß die mildere Witterung die Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge in größerem Umfange ermöglichte. Stellen die Ziffern der unterstützten Erwerbslosen auch nur einen Ausschnitt aus der sehr viel größeren Zahl der Erwerbslosen überhaupt dar, so daß sie ein abschließendes Urteil über die Lage und Entwicklung unseres Arbeitsmarktes nicht gestatten, so ergeben sich aus den angeführten Teilziffern doch sehr ungünstige Rückschlüsse auf die Gesamtarbeitslage, und leider ist — im Zusammenhang mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung — eine durchgreifende Besserung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

Wirtschaftliche Uebersicht.

Dividendenwahnsinn.

Die deutsche Bourgeoisie schreit Zeter und Mordio. „Die Arbeiter verlangen zu hohe Löhne, ihre Forderungen sind unerfüllbar, denn wir verdienen nichts!“ Doch wie weit die Behauptungen den Tatsachen entsprechen, darüber verlauten am besten die Geschäftsberichte der deutschen Unternehmer. Wir entnehmen einigen Geschäftsberichten einige Ziffern, die geeignet sind, die Behauptungen der Unternehmer Lügen zu strafen.

So heißt es im Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft für chemische Industrie, Seltenerden-Schmelze:

A.-G. für chemische Industrie, Seltenerden-Schmelze. Das abgelaufene Geschäftsjahr hat nach dem Bericht für 1920 eine ungewöhnliche Beschäftigung gebracht. Auslandslieferungen ergaben guten Nutzen. Nach M. 1 136 293 (i. V. 532 249) Abschreibungen und nach Zuweisung von M. 2 (0.50) Mill. an ein Wertberichtigungskonto verbleiben einschl. M. 140 902 (223 163) Vortrag nicht weniger als M. 580 5128 (1 665 652) Reingewinn bei M. 3.50 Mill. Aktienkapital, auf das, wie gemeldet, 25 Prozent (wie im Vorjahre) Dividende und M. 500 (0) Bonus pro Aktie, insgesamt also 75 Prozent verteilt werden.

Und dann ein Bericht der Ingenieurgesellschaft für Barmwirtschaft A.-G. in Köln:

Ingenieurgesellschaft für Barmwirtschaft A.-G., Köln. Der Gesellschaft ist 1920 von der Deutschen Keramischen Gesellschaft die wärmewirtschaftliche Bearbeitung der angeschlossenen Werke übertragen worden. Uchliche Abkommen mit anderen Fachgruppen standen vor dem Abschluß. Für 1920 werden 20 (i. V. 14) Prozent Dividende verteilt. Die Gesellschaft trete mit einem hohen Auftragsbestande ins neue Geschäftsjahr ein.

Die G.-B. beschloß die Erhöhung des Grundkapitals auf M. 1 Million (bisher M. 300 000).

Ferner verteilt eine ganz unbekannte Aktiengesellschaft, die sich Bayerische Spiel- und Spiegelglasfabriken, A.-G. vom. Beckmann in Fürth, nennt, nicht mehr und nicht weniger als 30 Prozent Dividende und 10 Prozent Sondervergütung, auf ein erhöhtes Kapital von 9,20 Millionen Mark. Und die vereinigten Winkelfabriken Nürnberg melden für das Jahr 1920 eine Dividendenausüttung von 25 Prozent auf ein verdoppeltes Kapital an.

Beshalb das Bier so teuer geworden ist, darüber gibt Ausschluß der Geschäftsbericht der Brauerei Löwenburg A.-G. in Zweibrücken. Laut diesem kann die A.-G. für das Jahr 1920 25 Prozent Dividende zur Ausschüttung bringen, wogegen sie im Vorjahre nur 7 Prozent ausschüttete und jahrelang überhaupt dividendenlos war.

Also nicht die hohen Löhne der Arbeiter und die Kosten der Produktion haben das Bier teurer und schlechter gemacht, sondern lediglich die Profitgier der Unternehmer.

Und so in allen Zweigen der Industrie. Überall werden Niedividenden abgeworfen zur selben Zeit, wo Arbeiter ausgeperrt werden oder um Hungerlöhne arbeiten müssen. Auch im fortwährend steigenden Elend der breiten Schichten des Volkes versteht es die Bourgeoisie, ihren Geldsack voll zu stopfen. Es ist höchste Zeit, daß dem ein Ende gemacht wird.

Aus der Internationale.

Die belgischen Kommunisten zum Fall Levi.

„D'ouvrier Communiste“, unser Brüsseler Bruderorgan, äußert sich in einem längeren Aufsatz zu der Broschüre Paul Levis: Es heißt darin unter anderem: „Die ganze Broschüre ist nur eine sehr schlechte Wiederholung der Anklagen, die von den Sozialdemokraten und Unabhängigen erhoben worden sind. Levi bringt eine Anzahl falscher Zitate und Entstellungen von Äußerungen aus Marx. Die Broschüre währt den Anschein der Objektivität, ist aber nur der Ausbruch persönlichen Hasses und Rachgier. Wie die schlimmsten Amsterdamer Gelben mißt Levi die revolutionäre Kraft einer Organisation an der Zahl ihrer Anhänger. Er verwirft vollkommen die aktive Rolle der kommunistischen Partei, um ihr ausschließlich eine Rolle der Agitation und Organisation zuzuwenden.“

Der Fall Levi ist das Zeichen einer tiefen Krise in der 3. Internationale selbst. Noch brutaler als beim Abfall Serratis kommt es jetzt zum Ausdruck, daß Elemente sich in die Reihen der Internationale geschlichen haben, die von dem gefährlichsten Opportunismus erfüllt sind. Wir können an dieser Stelle das Problem nicht ausführlich behandeln, es wird aber ohne Zweifel die Debatten des kommenden Kongresses der Internationale beherrschen. Und alle kommunistischen Parteien der Welt müssen sich mit dieser Frage befassen.

Aus der Partei.

Die Rebellion der Führer.

Von Wilhelm Pieck.

Die Durchbrechung der Parteidisziplin, wie sie innerhalb der K.A.P.D. von Paul Levi begonnen wurde, wächst sich immer mehr zu einer Rebellion der Führer gegen die Beschlüsse der Parteikörperschaften und Mitgliedschaften aus. Die Parteimitgliedschaften erklären sich mit den Beschlüssen des Zentral-Ausschusses und den Maßnahmen der Zentrale einverstanden, die Führer lehnen sich dagegen auf. Und es ist kein Zufall, daß es besonders die Funktionsmitglieder des Reichstages, mit wenigen Ausnahmen, sind, die sich um den Kampf und den Parteikörperlichkeiten und ihren Beschlüssen den Kampf ansagen. Wenn dieser Kampf geführt wurde mit offenem Bilde, so könnte daraus mancher Nutzen für die Bewegung entspringen, denn dann würden die Parteimitglieder die wahren Anschauungen und Absichten dieser Führer kennen lernen. Das geschieht aber nicht. Abgesehen davon, daß sich diese Führer in ethischen und moralischen Entrüstungen über die Parteizentrale ergehen, was schon ein Zeichen der Schwäche ist, so treiben sie auch noch Komödie.

In der „Roten Fahne“ vom 22. April veröffentlichten zehn kommunistische Reichstagsabgeordnete eine Erklärung gegen die von der Zentrale beschlossene Disqualifizierung von sieben Abgeordneten, die sich mit dem Vorgehen Levis ausdrücklich in einer öffentlichen Erklärung einverstanden erklärt hatten. Die zehn Erklärer behaupten frisch und frei, daß die Zentrale mit ihren organisatorischen Maßnahmen gegen die Disziplinbrecher

„das Feuer der Zwietracht in der Partei anzuläutet in einer Zeit, in der der Bloch von Bestarp bis Crispian gemeinsam die Partei berennt und ihre Sprengung anstrebt, in der die weiße Justiz der Ausnahmegerichte mit grausamen Fingern der Partei ihre Besten raubt und das offiziöse B.T.B. ihren verhafteten Vorsitzenden als „ausländisches Gefindel“ beschimpft. Wir verurteilen das parteizerrüttende Vorgehen der Zentrale, das die Kraft der revolutionären Vorhut zerstört und erheben gegen dasselbe den schärfsten Protest.“

Diese Genossen haben sich nicht einmal die Mühe genommen, andere Gedanken zu finden, als es die waren, die die Zentrale für ihre Begründung gegen den Disziplinbrecher Paul Levi angeführt ist. Die Erklärung der zehn Genossen ist aber mehr als eine Retourkutsche: sie ist ein Talschenspielertrick, durch den die zehn Erklärer die Parteigenossen glauben täuschen zu können und es spricht aus diesem Trick eine derartig niedrige Einschätzung der geistigen Verfassung unserer Mitglieder, daß wir überzeugt sind, die Parteigenossen werden diesen zehn Erklärern die richtige Antwort geben.

Die Zentrale hat mit ihren organisatorischen Maßnahmen gegen Levi und den Genossen, die glauben, ihm unbedingt folgen zu müssen, nichts weiter getan, als dem Beschäftigten der

obersten Parteikörperchaft, die von den Mitgliedern der Partei...
gehoben wurde, Geltung auch bei denen zu verschaffen, die glauben, besondere Rechte vor den übrigen Mitgliedern der Partei zu haben. Die Parteibüchlein, die von jedem Parteimitglied verlangt wird, muß auch gehalten werden von den Genossen, die durch das Vertrauen der Mitglieder auf besondere Posten gestellt wurden.

Es ist nicht irgendwelcher Machtbündel der Zentrale, wenn gegen die Disziplinbrecher mit organisatorischen Maßnahmen vorgegangen wird, sondern das Ansehen der Partei gebietet diese Maßnahme. Die Partei ist kein Kasperle-Theater, wo zum Gaudium der Zuschauer sich die Führer kaphalgen und jeder machen kann, was er will. Die Partei verlangt von jedem Genossen, daß er bei seiner Tätigkeit Rücksicht auf die Partei nimmt und diese nicht zu organisatorischen Maßnahmen gegen ihn herausfordert, die immer peinlich wirken.

Der Zentrale wäre es sehr erwünscht, wenn sie sofort einen Parteitag einberufen könnte, denn je schneller dieser stattfindet, um so weniger Zeit bleibt den Genossen, die als Reichstagsabgeordnete unter Ausnutzung ihrer Freifahrtkarte im Lande herumreisen, um die Köpfe der Mitglieder zu verwirren. Die von den Parteimitgliedern gewählten Delegierten zum Parteitag werden nicht nur vor dem Zentral-Ausschuß beschlossenen Kampfstilke zustimmen, sie werden auch zweifellos Maßnahmen gegen die Genossen beschließen, die aller Parteibüchlein und Verantwortung zum Trotz auf die Begehren der Parteikörperchaften pfeifen.

Die Zentrale hat sich beschließen, die telegraphische Zustimmung der Zentral-Ausschuß-Mitglieder zur sofortigen Einberufung eines außerordentlichen Parteitagess einzuholen, um den Parteimitgliedern die Möglichkeit zu schaffen, der Rebellion der Führer ein Ende zu machen.

Erklärung.

Die Unterzeichneten ersuchen die Redaktion um Abdruck folgender Erklärung:

Die Zentrale der KPD hat die Genossen Prof. Däumig, Eckert, Curt Geper, Adolf Hoffmann, Malchahn, Paul Neumann und Zeitlin, ohne sie und die Reichstagsfraktion vorher zu hören, aufgefördert — soweit sie Parteimitglieder sind — die Ausübung ihres Mandats bis zur nächsten Sitzung des Zentral-Ausschusses einzustellen. Damit will die Zentrale das Wirken dieser Genossen in den Kommissionen des Parlamentes, in seinen Ausschüssen und in den Fraktionsbesprechungen unmöglich machen, und darüber hinaus als selbstherrliche Folge ihr öffentliches politisches Wirken überhaupt. Die Ursache ist, daß die Genossen erklärt haben, die grundsätzliche politische Auffassung zu billigen, die Genosse Paul Levi über die Märzaktion in seiner Broschüre „Wider den Bolschewismus“ ausgesprochen hat.

Zweck der Maßregelung ist offenbar die politische Entkopplung führender Genossen, die die Taktik der Zentrale in schärfster Weise mißbilligen. Die Wirkung ist die Unterbindung der Diskussion über die Haltung der Zentrale in einer grundlegenden Frage, von deren Klärung die Zukunft der Partei abhängt.

Die Zentrale bläst mit ihren politischen Maßregelungen das Feuer der Zwietracht in der Partei an in einer Zeit, in der der Block von Weimar bis Griechenland gemeinsam die Partei berast und ihre Sprengung anstrebt, in der die weiße Justiz der Ausnahmegerichte mit grausamen Fingerringen der Partei ihre Besten raubt und das offizielle KPD ihren verhassten Vorständen als „ausländisches Gestühl“ beschimpft.

Wir verurteilen das parteigerrärende Vorgehen der Zentrale, das die Kraft der revolutionären Vorhut zerlegt und erheben gegen dasselbe den schärfsten Protest.

Hannover, Berthold-Berlin, Dümel-Halle, Frieß-Kilo, Fritz Geper-Leipzig, Heyemann-Königsberg, Herrfeld-Rostock, Kleiner-Hannover, Leuber-Hochum, Radwiz-Weisenfels.

Oberschlesien.

Zum Streit auf der Gleiwitzer Grube.

Die Belegschaft der Gleiwitzer Steinkohlengrube ist am 20. 4. aus wirtschaftlichen Gründen in den Streit getreten. Die Direktion will die gegenwärtige wirtschaftliche Notlage des Proletariats benutzen, um allerlei wirtschaftliche Verschlechterungen durchzuführen.

So wurden Arbeiter wegen der geringsten Uebertretung der Betriebsordnung rücksichtslos entlassen. Die Streikstage vergangener Monate sollen vom Urlaub abgezogen werden. Die Kohlen- und Holzbezüge der Belegschaft werden verkürzt oder überhaupt verweigert. Die Lohnzahlungen werden ganz willkürlich vorgenommen usw.

Um diesen frechen Provokationen entgegenzutreten, sind die Arbeiter in den Streit getreten. Folgendes Telegramm beweist, daß die Belegschaften anderer Gruben sich solidarisch erklären.

Gleiwitz, 27. 4. 1921.

Der Streit auf der Gleiwitzer Grube dauert weiter in vollem Umfange an. Die Belegschaft beschloß ohne Abstimmung einstimmig die Erfüllung der aufgestellten Forderungen zu verlangen — und solange zu streiken, bis diese Forderungen erfüllt werden.

Die Belegschaften nachstehender Gruben und Betriebe haben sich mit der Belegschaft der Gleiwitzer Grube solidarisch erklärt und beabsichtigen in den Solidaritätsstreik zu treten, wenn die Forderungen der Belegschaft der Gleiwitzer Grube nicht umgehend erfüllt werden.

1. Wolfsganggrube, 2. Königin Luise-Grube, 3. Graf Franz-Grube, 4. Konfordia-Grube, 5. Matoschauer-Grube, 6. Söhniger-Grube, 7. Hedwig-Wünsch-Grube, 8. Ludwigsglück-Grube, 9. Johannes-Grube, 10. die Bismarckhütte, 11. Falbhütte, 12. die Koksanstalt Ruda und Zaborsze.

Aus der Provinz.

Affordarbeit trotz verkürzter Arbeitszeit.

In der Uhrenfabrik der Firma Aron in Schweidnitz ist, trotzdem nur 4 Tage in der Woche gearbeitet wird, Affordarbeit eingeführt. Das Unternehmertum hat also genügend Aufträge, versucht jedoch aus den wenigen Arbeitern, die noch verkürzt arbeiten müssen, so viel wie irgend möglich herauszuschinden, damit der Profit ins Unendliche steigt. Um der Arbeiterschaft diesen Raubbau an ihrer Gesundheit schwachhaft zu machen, schiebt das Unternehmertum den Betriebsrat vor, mit dessen Hilfe die Arbeiterschaft zur Affordarbeit für einen Hungerlohn gezwungen wird. Dieser rechtssozialistische Betriebsrat ist sich über seine Aufgaben sicherlich nicht im klaren, es gilt ihm klar zu machen, daß er die Interessen der Arbeiterschaft und nicht der Unternehmer zu vertreten hat. Es erübrigt sich zu schildern, wie das Proletariat gegen die Affordarbeit gekämpft hat. Jetzt, im Staate der „Erzangenschaften der Revolution“, ist das Unternehmertum mit Hilfe der Betriebsräte erneut in der Lage, die Affordarbeit einzuführen. Arbeitslose fliegen täglich immer mehr auf die Straße, Aufgabe des Betriebsrates und der Belegschaft der Firma Aron ist es, den Unternehmer zu zwingen, die Affordarbeit abzuschaffen und dafür Arbeitslose einzustellen. Die Solidarität der Arbeitenden mit den Arbeitslosen muß hergestellt werden, das Bürgertum weiß nicht genug zu schreien, daß die Arbeitslosen Arbeits-scheue sind, es gilt das Unternehmertum zu zwingen, Arbeit für die Erwerbslosen zu schaffen.

Dem rechtssozialistischen Betriebsrat muß die Arbeiterschaft wegen arbeitserfündlichen Verhaltens in Zukunft genauer auf die Finger sehen, damit sie nicht eines Tages vollständig an das Unternehmertum verkauft ist. Unsere Genossen haben die Aufgabe, der Belegschaft die Wirkung der Affordarbeit vor Augen zu führen, für die Abschaffung der Affordarbeit zu sorgen und für die Neuinstellung von Erwerbslosen alles in Bewegung zu setzen.

Lokales.

Breslau, den 29. April 1921.

Wer ist Veranstalter der Maiseier?

Vor einiger Zeit hat eine Sitzung des Gewerkschaftskartell Breslau sich mit der Maiseier beschäftigt. Es wurde dann beschlossen, daß sich alle Gewerkschaftler, gleich welcher Parteirichtung, an der vom Gewerkschaftskartell geleiteten Maidemonstration beteiligen sollen.

Uns ist nun ein Mitteilungsblatt des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu Gesicht gekommen, in dem gesagt wird, daß die „politischen Parteien“, die SPD und USPD, gemeinsam beschlossen haben, die Maidemonstration gemeinsam zu begehen.

Unsere Vertreter in den Gewerkschaften und im Kartell haben sich mit einer vom Kartell veranstalteten Maiseier einverstanden erklärt. Sie haben lediglich auch einen kommunistisch eingestellten Gewerkschaftler als Redner verlangt. Wenn aber jetzt die beiden Arbeiterparteien, SPD und USPD, die Maiseier des Kartells für sich in Anspruch nehmen, erklären wir, daß wir diesen Bruch der gewerkschaftlichen Einheitsfront nicht dulden. Wir erklären, daß die Verantwortung für ein eventuell selbständiges Vorgehen unsererseits die SPD und USPD zu tragen haben.

Neuanmeldungen zur Quäterspeisung. Nachdem mit Beginn des neuen Schuljahres zahlreiche Kleinkinder schulpflichtig geworden sind, können an ihrer Stelle eine größere Anzahl neuer Kinder in die Quäterspeisung aufgenommen werden. Teilnahmeberechtigt sind alle solche Kinder von 2 bis 8 Jahren, die nach ärztlicher Untersuchung als den Ernährungsstufen 3 und 4 angehörend bezeichnet werden. Die kostenlosen Untersuchungen finden statt: In der Universitäts-Kinderklinik (Tiergartenstraße 50/52) werktäglich während der Sprechstunden vormittags von 10 bis 11 Uhr, nachmittags (außer Sonntags) 3 bis 4 Uhr; in den Fürsorgestellen: Schulgasse 19c (Säuglingsheim), Matthesstraße 16 Dienstags 8 bis 9 Uhr, Königplatz 7 freitags 8 bis 9 Uhr, Matthiasstraße 78/79 freitags 8 bis 9 Uhr, Am Wäldchen 26 Mittwochs 8 bis 9 Uhr, Brandenburgische Straße 25 Donnerstags 8 bis 9 Uhr, Lützowstraße 28 Montags 8 bis 9 Uhr. Die Anmeldungen nimmt unter Vorlage der ärztlichen Zeugnisse die Geschäftsstelle für Kleinkinderfürsorge, Gartenstraße 3, Gartenhaus, II. Stock, Zimmer 20, werktäglich von 8 bis 11 Uhr entgegen.

Druckliste. Für die „Rote Hilfe“ wurde eingezahlt: Liste N 65 M. 17,—, Liste N 67 M. 3,—, Liste N 82 M. 298,—, bereits quittiert 144,—. Zusammen M. 457,—. Für die ausgesperrten Hamburger Werftarbeiter: Cai M. 5,—, KPD, Bez.-Verbd. VI. Schlesien.

Neu-Erscheinungen!

Die letzten erschienenen Nummer 4 der „Internationale“, Halbmonatsschrift für Theorie und Praxis des Marxismus, herausgegeben von der KPD, enthält folgende Beiträge:

1. Der erste Versuch, von August Thalheimer;
2. Der Fall Sedl, von Paul Fröhlich;
3. Zeitfrage über die Märzaktion;
4. Kohlen- und Weltkrise;
5. Kronstadt, von Karl Kadel;
6. Politische Umkehr, von Explorator;
7. Bibliographie des Sozialismus und des Kommunismus.

Die „Internationale“ — pro Heft 1 Mark — ist zu beziehen durch Kommunistische Bucherei, Breslau 5, Gräbichener Str. 45.

Wir fordern alle Genossen, vor allem unsere Funktionäre dringend auf, die „Internationale“ zu lesen!

Paris und E. Kriemann, Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau in Sowjetrußland, 1917—1920. Preis 11 Mk.

— Das wir den Frauen zu sagen haben. Eine neue Agitationsbroschüre. Preis 40 Pf.

Politischer, Kultur, Drei Monate in Sowjetrußland. Preis 21 Mk. Dieses Buch sollte jeder Proletarier lesen.

Alle kommunistische Literatur besorgt die kommunistische Bucherei Breslau 5, Gräbichener Straße 45.

Herausgeber: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“ Verantwortlich für den gesamten Inhalt Ernst Beder, für Inserate: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Druck: Buchdruckerei Hüfel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadtheater.
Freitag 7 Uhr:
Die Zauberflöte.
Sonnabend 7 Uhr:
Operette Barbara Kemp:
Kona Lila.

Jobe-Theater.
Freitag 7 Uhr:
Neben unsere Kraft.
1. und 2. Teil.

Thalia-Theater.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Die Mars.

Schauspielhaus.
Opernabende. II. R. 25.45
Freitag 7 1/2 Uhr:
Die spanische Nachtigal.

Freitag 7 1/2 Uhr:
Waldschloß-Oper
Paul Weller
Die spanische Nachtigal.

Sonnabend nachm. 3 1/2 Uhr:
Die Falschungsfee.

ZEPTER-KINO.
Freitag 6, 7, 8, 9 Uhr:
Schiffbrüchige der Liebe

Sonnabend
5 Uhr.

Matthias-Kino.
Matthiasstraße 33
und Neißerstraße 9.

Die Sünderin
2. Teil.

Die Tänze
der
Mary Wilfort

Sitzenszene 6 Akte.
Vollständig abgeschlossenes Handlung.

Als Kind der Sünde fällt Mary brutalen Ausbeutern niedrigster Art in die Hände, die sie zum Strassenmädchen herabdrücken und zur Diebin erziehen.
Packende Handlung!
Fesselndes Spiel!

Freitag:
Der Fremde mit der Teufelsfratze
Detektivroman 6 Akte.

Kinder! Kaiserer!

heute Sonntag
Freitag (Sitzung 2. u. 3. u. 4.)
Eckertstraße 28 3/4. bei
L. Lehmann, Freitags 7.

Helios-Kino
Salzstraße 2/4
Spielplan von Freitag, den
29. 4. bis Montag, d. 2. 5.

Flametti
1. Teil

Die Unschuldigsten
Spanisches Detektiv-Drama
in 4 Gruppen Akte.
Hauptrolle: Emma Höpfer
Heißer Kampf
Waldschloß-Oper in 4 Akten
Hauptrolle: Albin Brand

Vorstränge ab Freitag, den
6. 5. bis Montag, d. 9. 5.
Flametti
2. Teil

Das Gespenstergesicht
und das glück. Seisprogramm

Arbeiter! Angestellte! Beamte!
von Göttersberg und Angewand.

Auf zur Demonstration nach Göttersberg am 1. Mai.
Anreten früh 8 Uhr beim Schlachthof.
Abmarsch 8 1/2 Uhr nach dem Schützenplatz.
Dortselbst Ansprache. (Referent zur Stelle.)

Arbeiter! Genossen! Genossinnen!
Erscheint in Massen!
Macht diese Demonstration zu einer wichtigen Kundgebung.
KPD. Anterbrigadeleitung Westenburg.

Preiswerte
Schuhwaren

Herz
Sticht

Ludwig Herz

Kernseife

Lippert, Joh. Hehn,
Beißigerbergstraße 43.

Zuerst erschien
II. Auflage
Dr. E. Varga, Die wirtschaftlichen Probleme der proletarischen Diktatur.

Preis 3.50 Mark.

Hier werden alle Probleme, die das deutsche Proletariat in seiner kommenden Diktatur noch lösen muß, in ausgiebiger und glänzender Weise erörtert. Jeder Proletarier, jeder Kommunist soll dieses Buch besitzen. Um jedem den Besitz dieses Buches zu ermöglichen, hat die kommunistische Internationale diese Auflage zu einem außerordentlich billigen Preis hergestellt. Kein Kommunist darf sich darum dieses Buch entgehen.

Zu beziehen durch:
Kommunist. Bucherei

Breslau V, Gräbichener Straße 45.

Wo kaufst Du?

Genossinnen und Genossen!
Damit die Geschäftsleute verpflichtet sind, auch bei uns zu infizieren, erwidert Eure Gläubiger nur bei

↓

Inserenten der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“.

Jeder Kommunist muß eine Waffe haben!
Die beste Waffe ist ein Abonnement auf die

„Schlesische Arbeiter-Zeitung“.